

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontakto: Geb. Krahls, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Litkeitz

**Stangepreis** einschließt. Dringertlohn monatlich 4000.— M., durch die Post bezogen monatlich 4000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1250.— M., Einzelnummer 150.— M., Sonntagsnummer 200.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

**Schrittleitung:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Geschäftszeit** von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:** die vormalige Nonpareillezelle 300.— M., auswärts 375.— M., die vormalige Reklamelle 1200.— M., auswärts 1500.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Ortsmitteilungen 150 M.

Nr. 52

Dresden, Freitag den 2. März 1923

34. Jahrg.

## Ein Schutzgesetz als Verbrechen

### Feuerprobe der tschechischen Sozialdemokratie

Das politische Leben in der Tschecho-Slowakei konzentriert sich jetzt um das sogenannte republikanische Schutzgesetz, das von der Regierungskoalition, der auch die tschechische Sozialdemokratie angehört, zwar nicht zum Schutze der Republik, sondern vor allem zur Aufrechterhaltung der ausschließlichen Macht des Tschechentums erdacht ist und dienen soll. Mit den ungeheuerlichen Machtmitteln, die das Schutzgesetz der Regierung in die Hände gibt, will man jede nationale und später auch jede soziale Opposition niederhalten. Welche Gefahr dies Gesetz darstellt, ist von unserm tschechischen Mitarbeiter im Leitartikel der Nr. 40 vom 16. Februar ausführlich dargestellt worden. Inzwischen kämpft die ganze Opposition geschlossen gegen den Gesetzentwurf an und lehnt ihn einmütig als undisputabel ab. Das Entscheidende ist, daß die tschechische Sozialdemokratie bisher an dem Gesetz festhält, ja ihre Wortführer vielfach die wärmsten Befürworter sind. Die deutsche Sozialdemokratie Böhmens hat in der eindringlichsten Weise die tschechische Bruderpartei auf das Gefährliche, ja Unmögliche ihres Verhaltens hingewiesen und führt den Kampf unerschrocken weiter. Auch die Wiener Arbeiterzeitung hebt die Gefahr der Lage hervor und schreibt in einem Artikel: „Die tschechische Sozialdemokratie am Scheidewege“ u. a. folgendes:

„Die Entscheidung liegt bei der tschechischen Sozialdemokratie, und man kann nur lebhaft wünschen, daß sie im letzten Augenblicke den Weg zu den Grundgesetzen und Ueberlieferungen zurückfinde, die sie einstmal geleitet und ihren Ruhm in der politischen Entwicklung begründet haben. Vor allem ist es um ihrer Willen zu wünschen, um ihre Möglichkeiten für die Zukunft nicht zu verächteln. Denn darüber können sich die alten Führer der Partei doch keinen Zweifel hingeben: daß die Arbeiter ein solches Ausnahmegesetz nicht billigen würden, daß ihnen die Erdrückung der politischen Freiheit, die mit diesem Gesetz bewerkstelligt werden soll, ein Greuel ist, und daß die Arbeiterpartei, die sich mit der Beschließung eines solchen Gesetzes befaßt, von den Arbeitern verworfen wird. Dieses Gesetz wäre eine Waffe in den Händen der bürgerlichen Klassen, die sich in Wahrheit gegen alle Arbeiter lehnen würde, denn politische Justiz im Klassenstaat kann nur Klassenjustiz sein. Die tschechischen Sozialdemokraten gehören heute der Regierungskoalition an; wer verbürgt ihnen aber, daß sie in dieser Koalition immer willkommen sein werden oder daß es ihnen möglich sein wird, sich zu ihr immer zu bekehren? Aber dann stehen die Arbeiter einer Staatsgewalt gegenüber, die mit einem Gesetz ausgerüstet ist, das sie übermächtig macht, das einer kämpfenden Partei jede Bewegungsfreiheit raubt, und wehe der Arbeiterpartei, die die Arbeiter für diesen Zustand, der sie um Jahrzehnte zurückwerfen könnte, mit Recht verantwortlich machen müßte! Eine Arbeiterpartei, die ein Ausnahmegesetz beschließen sollte, das seine Spitze und Schwärze in letzter Hinsicht gegen Arbeiter lehrt: das wäre wohl eine solche Unbeuerlichkeit, daß sie Arbeiter nie verzeihen würden. Nun mag die Beteiligung an der Regierung auch einer sozialistischen Partei mancherlei Komplikationen aufbringen, aber die tragenden Grundzüge einer proletarischen Partei sind nicht das, was zurückgestellt werden darf; da kann es sein Aufgeben und sein Durchbrechen geben. Auf wen im tschechischen Volke sollen die nichttschechischen Nationen denn hoffen, wenn sich auch die tschechischen Sozialdemokraten zu den bürgerlichen Parteien schlagen, die die tschecho-slowakische Republik als ein ausschließliches Rechtssystem der Tschechen betrachten?“

Die Wiener Arbeiterzeitung hofft zum Schluß, daß die tschechische Sozialdemokratie sich trotz allen bedenkenlichen nationalen Ueberwucherungen zum Hort der Demokratie und der Internationalen zurückfinden werde. Ob diese Hoffnung jetzt aber schon in Erfüllung gehen wird, hängt davon ab, ob die tschechischen Sozialdemokraten die Gefahr erkennen, in die sie durch das Schwanken auf der Bahn des Klassenkampfes und des Prinzipals der Internationalen entgegengetrieben sind. Eben lesen wir im Trager „Sozialdemokrat“, daß die Reaktion über das Einfangen der tschechischen Sozialdemokratie jubelt. Es heißt da: „Herr Minister Cramel läßt die Partei in seinen ‚Libove Listu‘ wie folgt belohnen: „Daß sich die tschechische Sozialdemokratie des Klassenkampfes in seiner grundlegenden Form begeben hat und daß sie so dem wilden Sozialismus entfällt, davon zeugt eine Notiz des gestrigen ‚Bravo Lidu‘ — folgt die betreffende Notiz.“

Die tschechische Sozialdemokratie steht in der Tat am Scheidewege. Steht sie diese Route, mit der das Proletariat gequält werden soll, so bleibt von ihrem Sozialismus und Internationalismus nichts mehr übrig. Auch wie reichsdeutschen Sozialdemokraten haben ein gewichtiges Interesse an der Gesundung der tschechischen Sozialdemokratie, die ein wichtiges und notwendiges Glied der Internationalen sein muß. Wir können deshalb den Kampf der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen gegen das Erdrückungsgesetz aufs wärmste moralisch unterstützen und müssen nachdrücklich darauf hinweisen, daß das deutsche republikanische Schutzgesetz wirklich zum Schutze der Republik gegen die putschistischen und mordenden Monarchisten eine Notwendigkeit war und der Erhaltung der Republik dient, während in Böhmen keine Monarchisten sind und niemand ernsthaft die Republik stützen will. Die tschechische Republik ist jetzt lediglich durch das sogenannte Schutzgesetz in Gefahr, denn mit seinen Machtmitteln würde eine herrschende Clique gesichert werden, die mit Leichtigkeit die Diktatur der tschechischen Bourgeoisie aufzurichten kann. Die tschechische Sozialdemokratie darf sich bei Strafe ihres Untergangs an diesem Volkverbrechen nicht mitschuldig machen!

## Zahlungsplan - Verhandlungsführer?

Einige Meldungen ließen vor, die auf die Aufspaltung der Lage hin wiesen und zugleich behaupteten, in Paris begänne man jetzt Verhandlungen für die drohende Katastrophe zu gewinnen, so daß man der Anregung des englischen Premierministers, Bonar Lot, Deutschland möge einen Zahlungsplan aufstellen und bekanntgeben, mit Interesse begegne. Da von hieraus nicht zu erwarten ist, daß diese Behauptungen einen tatsächlichen Untergrund haben, registrieren wir sie lediglich. Zunächst gibt die deutsche Regierung bekannt:

Berlin, 1. März. Die Reichsregierung hat die an dem Aufbruch nicht beteiligten fremden Regierungen auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht, die durch die immer brutaler werdende Vergewaltigung der Bevölkerung, die ständigen Mißhandlungen, die täglichen Fälle von Plünderung und Straßenraub, die Ausweisung und Entlassung von Beamten und die systematische Drangsalierung ganzer Städte geschaffen worden ist. Die Reichsregierung hat diesen Schritt für notwendig gehalten, um der Welt ein zusammenfassendes Bild vom französischen Vorgehen zu geben und erneut auf die Un-erträglichkeit und Gefährlichkeit der dadurch hervorgerufenen Zustände hinzuweisen.

Berlin, 1. März. Die bürgerliche Presse meldet: London, 1. März. Die Londoner gutunterrichtete Kreise behaupten, hat die Anregung Bonar Lots, Deutschland möge einen Zahlungsplan voröffentlichen, in Paris einigen Eindruck gemacht. Man nimmt dort an, eine solche Anregung würde in Deutschland nicht ohne Erfolg sein und hofft, daß die Ausführungen des englischen Ministerpräsidenten den Ausgangspunkt für einen Versuch der Lösung der jetzigen kritischen Situation bilden können. Dem weiteren Verlauf der Dinge denkt man sich etwa folgendermaßen: Ein deutscher Zahlungsplan könnte der Reparationskommission auf direktem Wege übermittelt werden, die ja nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages die allein zuständige Stelle für alle bezüglichen Fragen ist. Man meint in London nicht zu irren, daß Frankreich schon mit Rücksicht auf das Ausland sich kaum weigern würde, an einer entsprechenden Beratung teilzunehmen.

Berlin, 1. März. Die deutsche Regierung erklärt in einer offiziellen Kundgebung, daß die französischen Behauptungen, wonach die deutsche Regierung keinen festen Zahlungsplan für die letzte Pariser Konferenz gehabt habe, falsch seien. Die Verhandlungen über den der Pariser Konferenz vorzulegenden Reparationsplan waren am 28. Dezember 1922 abgeschlossen. Der Reichskanzler hat in seiner Samstagsrede am 31. Dezember darauf hingewiesen, daß der Vorschlag für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage in enger Fühlung mit den maßgebenden Wirtschaftskreisen festgelegt sei. Demgemäß wurden die deutschen Vorschläge in Paris, London, Rom und Brüssel am 31. Dezember 1922 ange-

wiesen, den betreffenden Regierungen amtlich mitzuteilen, daß die Reichsregierung im enghen Einvernehmen mit den maßgebenden Vertretern des deutschen Wirtschaftslbens die in Deutschland vorhandenen Möglichkeiten für eine endgültige Regelung der Reparationsfrage geprüft und danach einen Plan ausgearbeitet hat, zu dessen Durchführung die Unterstützung der deutschen Wirtschaft, namentlich der Bankwelt und Industrie, gesichert ist. Die Meinung ist: Sie wollen hieran das Erreichen knüpfen, daß einem Vertreter der Reichsregierung Gelegenheit gegeben werde, unsern Plan der in Paris aufzunehmenden Konferenz zu unterbreiten und mündlich zu erläutern.“

Bekanntlich ist dem Staatssekretär Bergmann in Paris das Wort nicht gegeben und der deutsche Plan infolgedessen nicht vorgelegt worden. Die Regierung hat ihn auch nicht bekanntgegeben. Die Berliner Zeit behauptet, sie würde es jetzt tun.

### Die „leitende Idee“ Frankreichs

Paris, 1. März. Schöde Paris schreibt, daß die leitende Idee Frankreichs bei den bevorstehenden eventuellen Verhandlungen die sein wird, eine Regelung in der Form herbeizuführen, daß sowohl direkt wie indirekt die Ruhrbergwerke und -fabriken für die geröteten Gebiete arbeiten. Ein weiterer entscheidender französischer Programmpunkt wird darin bestehen, daß in Zukunft die Bestimmungen des Versailler Vertrags über die Entmilitarisierung des linken Rheinufer und einer neutralen Zone an dem rechten Rheinufer in Breite von 50 Kilometer eingehalten werden. Ueber diese beiden Punkte wird in den ausländischen französischen Kreisen augenblicklich ein Projekt ausgearbeitet. Das Blatt fürchtet, daß die Londoner Regierung die Bedingungen, die Frankreich und Belgien dem Kabinett Cuno auferlegen werden, nicht werde gutheißen können, nachdem sie die Methoden der beiden Länder bisher nicht belämpft habe.

### Eine Erklärung des Genossen Weis

Berlin, 2. März. Die Pariser Presse behauptet, der sozialdemokratische Parteivorstand habe sich veranlaßt gesehen, den Politik der Reichsregierung abzurufen. Die Rede des Genossen Weis auf dem Berliner Parteitag sei der erste Schritt zu einer Opposition gegen die Politik der Reichsregierung. — Der sozialdemokratische Parteivorstand ist vom Genossen Weis zu folgender Feststellung ermächtigt: In Deutschland gibt es nicht eine Partei, die den Kampf gegen den französischen Militarismus im Ruhrgebiet zu entscheiden geführt hat und weiter führen wird, wie die Sozialdemokratie. Die französischen Hoffnungen, daß die Sozialdemokratie die Interessen des Herrn Poincaré jemals fördern könnte, sind deshalb nicht nur falsch, sondern auch trügerisch gegenüber der Bevölkerung Frankreichs.

## Ueber den Weltmarktpreisen

Im Deutschausschuh des Reichstages kamen bei der Besprechung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage des Genossen Robert Schmidt die wirtschaftlichen Auswirkungen der Ruhrbesetzung zur Sprache. Minister Weder gab Auskunft über die Lage der Betriebe im besetzten Gebiet und die Versorgung mit Kohle und Eisen im übrigen Deutschland. Die vorläufige Versorgung berechnete er als gut, für die Zufuhr vom Ausland sei die nötige Verbindung geschaffen. Ferner teilte Weder mit, daß der Vertrag der Badischen Anilin- und Sodafabrik mit der französischen Regierung dem Wirtschaftsministerium nicht vorgelegen habe, ebenso aber auch die Regierung um ihre Zustimmung nicht ersucht worden sei. In der Debatte wurden hauptsächlich die Möglichkeiten der Hebung des Exportes besprochen. Die bürgerlichen Parteien wünschten die Herabsetzung der Kohlensteuer, die Aufhebung der Ausfuhrzölle der Kohlenhandelsabgabe und die Ermöglichung der Frachtarbeit, also eine Preislenkung auf Kosten einer geringeren Besteuerung und durch Frachtarbeit.

Genosse Doh über Kritik an diesem Verhalten, das dazu führt, unsere Finanzen weiter zu zerrütten und die Kosten den Ruhrbewohnern aufzubürden. Wenn heute die Preise über die Weltmarktpreise hinaufgeschraubt seien, so fehle hierfür jede Berechtigung. — Bemerkenswert ist besonders der halbfalsche Nachweis des Ministers Groener, daß bei Kohle, Eisen und Baumstoffe die Frachtarbeit zum Preis heute erheblich geringer ist als im Jahre 1914. Reichswirtschaftsminister Weder deutete unter anderem an, daß man versuchen wolle, den Brotpreis zu halten, aber auch erwarbe, daß die Verbraucher keine neuen Wohnforderungen stellen, damit der Kohlenpreis nicht abermals beaufschlagt zu werden brauche. Höhere Kohlenpreise seien jetzt nicht zu ertragen. Genosse Doh sprach sich gegen diesen Weg aus, der neue Milliarden aus Reichsmitteln verklängeln würde, um den Landwirten die hohen Getreidepreise zu garantieren.

## Frankreichs Frauen gegen die Gewaltpolitik

Die deutsche Völkerbundliga in der Tschecho-Slowakischen Republik teilt mit:

Der französische Zweigverein der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit hat an seinen deutschen Schwesterverein ein Schreiben gerichtet, in dem die französischen Frauen ihrem tiefen Schmerz über die Fortdauer des Hasses und der Gewalt in der Nachkriegszeit Ausdruck geben und es beklagen, daß sie ohnmächtige Beugen des wiedererwachenden Kriegsgewittes sind. Das interessante Schreiben fährt wörtlich fort:

„Als Gegner der Anwendung der Methoden der Gewalt und einer Politik der Isolierung der Staaten haben wir von unserer Regierung die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz aller Völker ohne Aus-

nahme verlangt, auf der die Frage des Wiederaufbaus von Europa gefordert werden soll, von dem das Reparationsproblem nicht getrennt werden kann. Glücklicherweise gibt es Franzosen, die die Politik des nationalen Bloks verurteilen und die die Verbesserung aller Völker in gemeinsamer Arbeit und den gemeinsamen Wiederaufbau fordern. Sie sind es, an die wir uns ohne Unterhalt wenden, in der Hoffnung, daß ihre Anzahl gerade durch die Energie der reaktionären Parteien wachsen wird. Wir rechnen auch mit der würdigen Haltung des deutschen Volkes, das es gewiß baldig zurückweilt, die Gewalt mit Gewalt zu bekämpfen.“

Eine noch deutlichere Sprache als der französische Zweigverein führt der Zentralvorstand der internationalen Frauenliga, der in einer im Namen von 20 Millionen Mitglieder an Poincaré persönlich gerichteten Eingabe die französische Regierung auffordert, die Frage der Reparationen einem unbefangenen internationalen Gerichtshof zu überantworten, diese Frage nicht isoliert, sondern als Teil des weiteren Problems des europäischen Wiederaufbaus anzusehen und sofort die Okkupationsstruppen aus dem Ruhrgebiet abzurufen. Auch er spricht sich für eine Wirtschaftskonferenz aller Staaten zur Vereinigung aller lebenden strittigen Angelegenheiten aus und fährt fort: „Wir sind überzeugt, daß Frankreich, wenn es auf die Gewaltmittel verzichtet, die es zur Durchsetzung seiner Forderungen anwendet, und seine feste Weisheit aufhebt, die strittigen Fragen einer gerechten internationalen Lösung auszuführen, in Deutschland guten Willen, in der übrigen Welt Sympathie, überall aber den Wunsch nach Verständlichkeit und wirklichen Friedenswillen erblicken würde. Wir glauben, daß die Anwendung von Gewalt Widerstand und Abwandlungselüste erweckt, und daß dieser Widerstand eine endlose Kette von Gewalt und von Krieg hervorbringt, die zum völligen Ruin Europas führen.“

## Das uneinige Zentrum

Vor der letzten Vertagung des Reichstages mußte sich auch der Steuerausfluß vertagen, da im Zentrum keine Einigung über die Stellung der Partei zu dem Gesetzentwurf über die Verdrückung der Selbstentwertung in den Steuergesetzen zu erzielen war. Am Dienstag sollten die überaus wichtigen und eiligen Beratungen fortgesetzt werden, aber wiederum erklärte Herr Dierold vom Zentrum, daß seine Fraktion auch während der kurzen Verhandlungspause keine Gelegenheit gehabt habe, zu den in ihren Reihen bestehenden Differenzen Stellung zu nehmen. Er beantragte daher nochmals Vertagung. — Genosse Bernke gab der Verdrückung Ausdruck, daß infolge der wiederholten Beratungen der Beratungen schließlich die ganze Vorlage im Eiltempo behandelt werde und darunter notgedrungen leiden müsse. — Nach längerer Debatte beschloß der Ausschuss sich abermals zu vertagen. Am Mittwoch glaubt man endlich so weit zu sein, daß die Beratungen wieder aufgenommen werden können.